

Von: Günter Knebel <knebel-bremen@t-online.de>
Gesendet: Mittwoch, 3. Dezember 2014 23:11
Betreff: Lob für Bremens Verkehrspolitik

Leserzuschrift zum Beitrag **>Lob für Bremens Verkehrspolitik<**, Weser-Kurier vom 3. Dezember 2014, Seite 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende Zeilen sende ich Ihnen als Leserzuschrift zu dem o.a. Beitrag:

„Die >Allianz pro Schiene< gibt der Hansestadt Bremen in ihrem jüngsten >Länderindex Mobilität< gute Noten für das Bemühen um Nachhaltigkeit. Das ist ebenso erfreulich und hilfreich, wie das Erstellen eines Ländervergleichs zur Verkehrspolitik, der Anspruch und Wirklichkeit statistisch erfasst und darstellt. Es spricht nur für die Qualität der Studie, wenn sie einmal mehr an den in Bremen vorhandenen Mangel an landesweiten Lärmschutz- und Luftreinheitszielen erinnert, die über gesetzliche Minimalanforderungen hinausgehen. Die aus Berichten der zuständigen Verwaltung bekannten Fakten, dass in Bremen tagsüber 7,5 Prozent der Bürger und nachts 11 Prozent von Verkehrslärm jenseits der rechtlich zulässigen Grenzwerte geplagt werden, belegen, dass Lärmschutz als verbindliche gesetzliche Zielvorgabe politischen Handelns bisher weder verstanden noch zielführend umgesetzt wird: (Mindestens) Drei bremischer Anläufe für flächendeckenden Lärmschutz seit Anfang der 70er Jahre zum Trotz! Hier wie anderenorts gilt immer noch: Wer sonst – außer dem vor allem (Schiengüter-)Verkehr – darf andauernd ungestraft gegen Bundesgesetze und Grundrechte verstoßen? Bürger, die sich rechtlich dagegen wehren, werden i.d.R. von (Oberverwaltungs-(sic!)) Gerichten abgewiesen, nicht selten konfrontiert mit dem augenscheinlichen Vorrang antiquierter Privilegien und Verordnungen der (Schiene-)Verkehrsträger. Wie gering der Schutz vor Verkehrslärm als Rechtsgut bewertet wird, äußert sich sowohl in den ungezählten und unverfolgten Verstößen gegen dieses so geminderte, vermeintlich neue Recht, als auch in dem Fehlen von Lärmschutzzielen, um z.B. die - der EU sei Dank! - in jüngster Zeit aus der Not ungezügelter Verkehrsvermehrung geborenen gesetzlich vorgeschriebenen Lärmaktionspläne zu flankieren. Gäbe es diese Aktionspläne nicht, deren Erfüllen oder Unterlaufen ein Thema für sich ist, wäre es um den Lärmschutz noch schlechter bestellt. Dass mitten durch Bremen eine hochfrequentierte Güterzugtrasse verläuft, schafft ein historisch gewachsenes Lärmproblem. Dessen möglichst baldige Beseitigung muss dem Bremer Senat eine dringliche Aufgabe sein, wenn er Schaden von der Bevölkerung abwenden will.“

Für eine zeitnahe Veröffentlichung dieser Zeilen bereits im Voraus vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Knebel

Kontaktdaten: Günter Knebel, Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen, Tel.: 0421-374557; mobil: 0160-91966234, E-Mail: Knebel@keine-stadtautobahn.de, <http://neu.keine-stadtautobahn.de/> Bahnlärmseiten in Verbindung mit <http://www.bahnlaerm-initiative-bremen.de/>

Links: [Lob für Bremens Verkehrspolitik](#) - Allianz pro Schiene bemängelt aber Lärmbelastung Bremer Nachrichten/Weser-Kurier vom 3. Dezember 2014, Seite 3 und Meldung [Seite 1](#), Link zum [O-Ton der Allianz](#), Dokument (10 MB) unter [Stellungnahmen](#)

Dokumente: [Bund-Länder-Index Mobilität 2014/2015](#), Allianz pro Schiene (Hrsg.), 25 Seiten (10 MB), [Pressemitteilung](#) der Allianz vom 2. Dezember 2014, zum [Länderportrait Bremen](#) (Platz 7) auf Seite 13